



Figurative Kunstwerke schmücken das Haus der Präsidentin des Goethe-Instituts / Foto: Felix Schmitt

Gespräch über das Goethe-Institut

„Kultur ist nicht immer das Gute“

Das Goethe-Institut muss Häuser schließen und Stellen streichen. Instituts-Präsidentin Carola Lentz spricht im ausführlichen Interview über globale Neuausrichtungen, neue Kulturkämpfe und den Missbrauch von Kunst.

INTERVIEW MIT CAROLA LENTZ am 2. Januar 2024

Carola Lentz ist seit November 2020 Präsidentin des Goethe-Instituts. Sie ist zudem Seniorforschungsprofessorin am Institut für Ethnologie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina.

Frau Lentz, während wir miteinander reden, ist im Goethe-Institut in Bordeaux zeitgleich die Sprachanimation „Goethes grüner Daumen“ zu hören wie zu sehen. Das müsste das für die deutschen Kulturinstitute im Ausland zuständige Auswärtige Amt eigentlich freuen: Kultur und Ökologie und das Hand in Hand. Und dennoch soll das Institut in Bordeaux jetzt geschlossen werden – zusammen mit zahlreichen weiteren Instituten in Frankreich und in Italien. War dem grün geführten Ministerium der Nutzen auswärtiger Kulturpolitik nicht mehr zu vermitteln?

Man muss bei dieser Debatte immer die Gesamtsituation im Blick behalten. Wir haben in Frankreich wie in Italien nach wie vor das dichteste Institutsnetzwerk in ganz Europa; und das auch noch nach den jetzt beschlossenen Schließungen. Das heißt, wir haben hier auch weiterhin so viele Goethe-Institute wie nirgends sonst. Nur zum Vergleich: In Spanien haben wir derzeit zwei und in Großbritannien ist es

gerade einmal ein einziges Institut in London und ab 2024 ein deutsch-französisches Institut in Glasgow. Natürlich sind jetzt besonders die Institute in Frankreich und in Italien im Fokus. Es sind Einrichtungen, die historisch gewachsen und von daher von besonderem Wert sind. Mit diesen zwei Nachbarländern wollte die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg eine intensive Freundschaft schließen. Und so sind dort natürlich sehr besondere Institute entstanden. Doch die sind heute vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Welt, bei knapperen Kassen und zunehmender Digitalisierung der Kultur- und Spracharbeit in dieser Dichte nicht mehr notwendig. Vergessen darf man auch nicht, dass wir beispielsweise die deutsch-französische Kulturkooperation mit den deutsch-französischen Kulturinstituten auf eine neue Ebene heben: Neben Glasgow eröffnen wir kommenden Jahr eins in Bischkek, der Hauptstadt von Kirgisistan.

Das heißt aber auch, dass es zumindest im Land, wo die Zitronen blühten, allmählich Zeit wird, dass die prallen Früchte vom Baum fallen?

Wir müssen als Goethe-Institut schauen, dass wir auch wirtschaftlich arbeiten; das gilt natürlich besonders für unsere Sprachkurse.

Die aber laufen doch recht gut. Der größte Umsatz wird nach wie vor mit Sprachkursen im Ausland erzielt.

Schon, aber die Nachfrage ist je nach Land sehr unterschiedlich. In Ägypten zum Beispiel haben wir pro Jahr bis zu 15 000 zertifizierte Prüfungen, in Kamerun sind es sogar fast 30 000 Prüfungen. In Ländern wie Frankreich sind es gerade einmal bis zu 6000. Man muss solche Zahlen im Kopf behalten, wenn man darüber nachdenkt, welche Standorte wie bespielt werden.

Müsste man dann aber nicht gerade sagen, dass das deutsch-französische Verhältnis im 60. Jahr des Élysée-Vertrags ziemlich aus der Spur gesprungen zu sein scheint? Und hätte dann nicht besonders die auswärtige Kulturpolitik die Aufgabe, hier für Verbesserungen zu sorgen? Es geht doch am Ende um das europäische Haus.

Das aber kann man nicht gut bewirtschaften, wenn etwa durch aufwendige Mietzahlungen dann die eigentliche Arbeit leidet. Wir müssen uns zum Beispiel fragen, wie unsere zukünftigen Kulturveranstaltungen aussehen sollen. Die Spracharbeit ist in weiten Teilen längst ins Digitale abgewandert, und die Kulturarbeit wird in den nun zu schließenden Instituten als Treffen weiterhin stattfinden. Viele Liegenschaften sind finanziell nicht mehr tragbar. Natürlich tut jeder Standort, der jetzt geschlossen werden muss, weh; aber die Rahmenbedingungen haben sich verändert. Auf der einen Seite haben sich die geostrategischen Herausforderungen gewandelt, und auf der anderen Seite entwickeln sich derzeit auch die finanziellen Spielräume zurück – und das in einer Zeit, in der zeitgleich die Unterhaltskosten und Gehälter durch die Decke schießen. In Ägypten und an anderen Standorten haben wir zum Beispiel Inflationsraten von 50 bis teilweise sogar 100 Prozent. Wenn wir unter solchen Rahmenbedingungen Jugendaustausch, Künstlerresidenzen oder Stipendienreisen organisieren wollen, müssen wir in Zukunft einfach flüssiger werden. Deswegen gehen wir jetzt an die Strukturkosten ran.



Carola Lentz hat die Geschichte des Goethe-Instituts aufgeschrieben / Foto: Felix Schmitt

Die jetzt beschlossenen Reformmaßnahmen sind dem Goethe-Institut vom Haushaltsausschuss des Bundestags durch einen sogenannten Maßgabebeschluss quasi aufgezwungen worden; andernfalls nämlich wären 14 Millionen Euro durch eine Haushaltssperre zurückgehalten worden.

Deshalb wurde vom Vorstand des Goethe-Instituts im strategischen Dialog mit dem Auswärtigen Amt gemeinsam ein Zukunftskonzept erarbeitet. Das Präsidium hat das Konzept anschließend verabschiedet.

Aber bei derartigen Verhandlungen gibt es doch immer auch Reibungen; beide Seiten machen Vorschläge, und gemeinsam einigt man sich dann oft mühsam auf einen Kompromiss. Wie hart wurde denn im Vorfeld über das sogenannte „Zukunftskonzept“ gerungen?

Gar nicht so sehr. Die Vorschläge kamen in aller Regel aus dem Goethe-Institut selbst. Wir haben zuvor das gesamte Netzwerk überprüft und anhand eines Kriterienkatalogs genau geschaut, wo man – wenn die finanziellen Spielräume nicht wachsen – notfalls Standorte schließen kann. Das wurde alles vorab mit den Regionalleitern des Goethe-Instituts besprochen und anschließend mit dem Auswärtigen Amt beraten. Da gab es wenig Dissens.

Wenn das alles so harmonisch verlief, können Sie dann verstehen, dass es zumindest jenseits der Verhandlungspartner nun Missstimmung gibt? Kulturschaffende wie die Vereinigung der deutsch-französischen Gesellschaften in Europa schreiben offene Briefe an den Bundeskanzler, das PEN-Zentrum spricht vom „Abbau kultureller Aushängeschilder“, und das deutsche Feuilleton zeigt sich in weiten Teilen entsetzt.

Wenn jetzt kein Protest käme, müssten wir als Goethe-Institut eingestehen, dass wir in der Vergangenheit etwas grundlegend falsch gemacht hätten. Der Protest zeigt, dass die Standorte sehr geschätzt werden, dass dort spannende Veranstaltungen stattfinden und dass sie in der lokalen Kulturszene gut verankert sind. Ich bin also dankbar, dass sich in den aktuellen Zwischenrufen auch viel Wertschätzung zeigt. Und dennoch will ich als Präsidentin für eine Gesamtschau werben.

Das könnte Sie auch interessieren:

- *„Für eine feministische Bewegung an der Seite Palästinas!“ (Ben Krischke)*
- *Philosoph Omri Boehm: Patriot mit Utopie (René Schlott)*
- *100 Jahre Institut für Sozialforschung: Sich nicht fügen (Marc Ortmann)*

Reden wir einmal über die konkreten Zahlen, die einer solchen Gesamtschau zugrunde liegen: Mittelfristig sollen 24 Millionen Euro pro Jahr eingespart werden; mit unter anderen Bordeaux, Genua, Rotterdam, Triest, aber auch Washington und Osaka sollen mindestens neun von insgesamt 158 Instituten geschlossen werden; es sollen weiterhin 110 Stellen wegfallen; und zum Teil soll auch ein Umzug in günstigere Liegenschaften stattfinden.

Die von Ihnen erwähnten 24 Millionen Euro fallen ja nicht einfach weg. Sie stehen für eine Summe, die derzeit in Strukturen gebunden ist und die zukünftig für Programmarbeit frei werden soll. Wir lösen uns also von einigen Fesseln der Struktur, um das so frei gewordene Geld in die Programmarbeit oder in Mitarbeitergehälter und natürlich auch in die Verstärkung unserer Präsenz in anderen, zunehmend wichtiger gewordenen Regionen wie beispielsweise dem Südkaukasus zu investieren. Was nützt uns ein toller Standort, wenn wir dort keine effektive Arbeit mehr machen können? Um diese tägliche Arbeit muss es gehen; die soll intensiviert werden.

Wenn Sie jetzt die Fesseln der Struktur beklagen, dann klingt das ein wenig, als würde das Goethe-Institut erst mit dem jetzigen Kürzungsvorhaben so recht zu sich selbst kommen. Auch die Presseaussendung zu Ihrem Zukunftskonzept liest sich stellenweise, als wäre man in der Zentrale in Berlin und München geradezu froh über die Kürzungen und Schließungen.

Das ist doch eine klassische Catch-22-Situation: Man kann die aktuelle Situation nicht für alle zufriedenstellend kommunizieren. Ich frage mich manchmal, was wohl geschehen würde, wenn VW oder ein typisch deutscher Mittelständler mit rund 4000 Angestellten 130 Mitarbeiter entlassen müsste. Seien wir doch mal ehrlich: Das wäre kaum eine Meldung wert. Da gäbe es lokal vor den Werktoeren vielleicht ein bisschen Protest; dann würde zur Tagesordnung übergegangen. Mir scheint, als würden im Kultursektor zuweilen Debatten über Fragen geführt, die in anderen Bereichen für viel weniger Aufsehen sorgen würden.

Wenn das stimmt, dann würde das zunächst ja nur von dem hohen Stellenwert künden, den die Kultur hierzulande noch immer genießt. Aber ich gebe Ihnen recht: Der Rücken der Kultur scheint eigentlich viel zu schmal zu sein, um all die großen Aufgaben zu stemmen, die von Politik und Öffentlichkeit an sie herangetragen werden. Egal ob Gleichstellungsdebatten oder postkoloniale Gerechtigkeitsdiskurse: Immer wird zunächst der doch recht weiche Sektor der Kultur herangezogen, um Anforderungen an diesen zu stellen.

Da gibt es zumindest eine merkwürdige Doppelbewegung. Auf der einen Seite wird die Kultur in der Tat überfordert: All der moralische Rigorismus, der von der Wirtschaft für gewöhnlich nicht eingefordert wird, landet am Ende bei den Kulturschaffenden. Unter Joschka Fischer zum Beispiel sollte auswärtige Kulturpolitik der Konfliktprävention dienen. Ich bin mir nicht sicher, ob Kultur per se je eine konfliktpräventive Funktion gehabt hat.

Ist der Glaube an diese Funktion nicht aber ein Fundament der Goethe-Institute – nicht erst Hilmar Hoffmann träumte doch von einer auswärtigen Kulturpolitik im Dienste von Frieden und Verständigung?

Natürlich sind wir als Goethe-Institut überzeugt davon, dass wir wichtige Räume schaffen, in denen Dialog zwischen Gruppen und Gesellschaften stattfinden kann. Aber ich würde es nicht so hoch hängen, um zu sagen, wir könnten wirklich Konflikte vermeiden. Man sollte Kultur nicht überfordern.

Andererseits beobachte ich aber auch, dass Kultur unterschätzt wird. Man rechnet oft nicht mit dem Potenzial, das aus kreativen Freiräumen entstehen kann. Aus Kreativität kann etwas Unerwartetes erwachsen: eine Idee etwa, mit der man zuvor nicht gerechnet hat. Doch dafür braucht es auch Risikobereitschaft. Die aktuellen Krisen führen indes eher dazu, dass Bürokratien überreglementieren und den Kulturinstitutionen viel zu enge Grenzen setzen wollen. Da gibt es ein Verdachtsklima. Man misstraut dem Kulturbereich regelrecht.



Carola Lentz in ihrem Zuhause in Mainz / Foto: Felix Schmitt

Womit man fast automatisch bei der Frage ist, welche Kultur Politik wie Öffentlichkeit eigentlich wollen. Ist es für das Goethe-Institut schwieriger geworden, einen Kulturbegriff zu verteidigen, der, um es mit Immanuel Kant zu sagen, zunächst einmal nur das „interesselose Wohlgefallen“ im Sinn hat? Geht es bei öffentlich geförderter Kultur nicht immer auch und viel zu schnell um die „ästhetische Erziehung des Menschen“?

Diese Frage stellen wir uns im Präsidium häufig. Vielleicht haben wir es da als Goethe-Institut sogar noch verhältnismäßig gut, da wir letztlich drei unterschiedliche Standbeine haben: Wir verankern Deutschland durch die deutsche Sprache in der Welt; wir sorgen dafür, dass Menschen unser Land durch unsere Bibliotheken und unsere Medienarbeit kennenlernen; und wir bieten als drittes Standbein Kulturaustausch an. Ich denke, die ersten beiden Aufgaben lassen sich den Abgeordneten des Deutschen Bundestags stets gut vermitteln. Wir wecken damit Vertrauen und Interesse an Deutschland, und das ist in einer Welt von zunehmendem Populismus und Nationalismus ein hohes Gut. Schwieriger wird es beim letzten Punkt. In Sachen Kulturaustausch muss ich immer wieder neu dafür werben, entsprechende Freiräume zu bekommen.

Können Sie Beispiele dafür geben?

Die georgisch-deutsche Theaterregisseurin Nino Haratischwili etwa kuratiert bei uns aktuell ein Projekt mit dem Titel „Geschichten vom Schwarzen Meer“. Hierfür kommen Künstler aus Armenien, Bulgarien, Georgien, Rumänien und der Ukraine zusammen, um ihre gemeinsamen Erfahrungen, ihre Literaturen und Geschichten auszutauschen. Das Goethe-Institut bietet für dieses Projekt eine Plattform und ist eine Art Netzwerker. Hier werden Verbindungen zwischen Künstlern geschaffen, deren jeweilige Staaten oftmals noch auf Konfrontation oder zumindest Dissens setzen. Niemand kann da im Vorfeld sagen, was

am Ende als Ergebnis stehen wird. In der Ukraine stützen wir die Kulturszene, damit sie irgendwie diesen grausamen Krieg überlebt und den Menschen jetzt zur Seite steht. Das alles sind Dinge, die sind in Deutschland selbst gar nicht oder kaum sichtbar. Anders als andere nationale Kulturinstitute lassen wir eben nicht nur Künstler aus dem eigenen Land im Ausland auftreten; wir schauen vor Ort, was die jeweiligen Kulturszenen benötigen, um notfalls auch unter schwierigen Bedingungen künstlerisch arbeiten zu können.

Das hat man beim Goethe-Institut über Jahrzehnte auch im Nahen Osten so gehalten. Seit dem 7. Oktober aber ist die Arbeit besonders in Israel und natürlich auch in Gaza und der Westbank schwierig geworden. Wie ist dort aktuell die Situation?

Das ist ganz, ganz schwierig. In Israel, um damit zu beginnen, wurden am 7. Oktober die Institute in Tel Aviv und Jerusalem geschlossen. Inzwischen finden dort aber wieder digital Sprachkurse statt. Wir richten uns indes ganz nach den Sicherheitsvorgaben des Bildungsministeriums. Was die Programmarbeit angeht, schauen wir, was von israelischer Seite zurzeit überhaupt gewünscht wird und wo wir unterstützen können. Die deutschen Mitarbeiter sind nicht ausgereist, und im Moment scheint besonders die Arbeit mit evakuierten und traumatisierten Kindern wichtig zu sein.

Und in den palästinensischen Gebieten?

Das deutsch-französische Institut in Ramallah ist weiterhin geschlossen. Dort haben wir Mitarbeiter, die nicht mehr zur Arbeit fahren können, da sie nicht mehr durch die israelischen Checkpoints kommen. Und wir sehen in der Westbank durchaus auch verstärkte Übergriffe des israelischen Militärs, und die Siedlergewalt nimmt zu. Im Gazastreifen wiederum ist die Situation schlicht katastrophal. Zusammen mit Partnern hatten wir dort ein Kunst-Lab, ein Musikstudio und eine Kinderbildungsstätte. Das ist alles zerbombt oder mindestens stark zerstört. Noch schlimmer: Von unseren Partnern sind einige ums Leben gekommen, während zwei unserer eigenen drei Mitarbeiter dank Intervention des Auswärtigen Amtes den Gazastreifen in Richtung Ägypten und dann Deutschland verlassen konnten.

Sie als Institut haben auf Ihrer Internetseite eine nicht ganz unumstrittene Erklärung veröffentlicht.

Ja, wir sind in einer schwierigen Situation. Die Erklärung wird von beiden Seiten kritisiert. Da gibt es Leute – in Deutschland, aber auch andernorts –, die uns vorwerfen, wir würden Israel zu wenig unterstützen; und es gibt wiederum arabische Partner, die uns die Arbeit aufgekündigt haben, weil sie uns vorwerfen, wir seien zu israelfreundlich und ein verlängerter Arm der Politik. Gerade jetzt, wo Dialogräume so wichtig wären, stehen wir also vor einer riesigen Herausforderung.

Wie stellen Sie sich zukünftige Kulturarbeit in dieser Region überhaupt vor? Ist da nicht nachhaltig etwas beschädigt worden, und kann in einer solchen Situation überhaupt wieder Vertrauen erwachsen?

Ich weiß es wirklich nicht. Wir müssen uns mit unseren Partnerorganisationen in der Region beraten. Aber eines ist auch klar: Es war nie einfach, in dieser Region zu arbeiten. Spannungen hat es auch vor dem 7. Oktober gegeben; und Vorwürfe, man sei zu einseitig oder es fehle einem die Empathie für die eine oder für die andere Seite, gehörten stets zu der Arbeit in der Region dazu. Natürlich hat der schreckliche Terror des 7. Oktober vieles noch einmal verhärtet. Dennoch glaube ich, dass unser Grundgedanke, der immer in einer Art „Bottom-up-Arbeit“ besteht, weiterhin richtig ist.



Souvenirs und Mitbringsel erinnern Carola Lentz an ihre Dienstreisen / Foto: Felix Schmitt

Zeigen nicht aber die jüngsten Debatten – etwa um den Peter-Weiss-Preis und die britisch-deutsche Schriftstellerin Sharon Dodua Otoo –, wie dünn mittlerweile das Eis geworden ist und wie das gegenseitige Misstrauen längst sogar die globale Kulturszene ergriffen hat?

Ja, im Moment werden wirklich alle sehr vorsichtig. Zu schnell keimen Verdachtsmomente auf. Man merkt, wie man sich Biografien von Preisträgern oder Stipendiatinnen zwei- oder gar dreimal durchliest, und wie man Künstler nicht nur nach Exzellenz, sondern vor allem auch nach möglicherweise schwierigen politischen Äußerungen in der Vergangenheit hin abklopft. Ich werbe da für ein Innehalten und ein Luftholen. Was hier meiner Meinung nach wichtig wäre, wäre eine Internationalisierung der Debatte. Das ist schon sehr traurig, was wir da momentan erleben.

Kommt nicht ein Teil der Erschütterung gerade daher, dass uns der 7. Oktober die Grenzen von Kulturarbeit, ja von Kultur überhaupt auf so traurige Weise aufgezeigt hat?

Natürlich, gerade Kultur kann ja auch dafür genutzt werden, Identitäten zu befestigen und zu verhärten. Man muss sich ja nur mal die Kulturpolitik kriegsführender Imperien anschauen. Da wird massiv mit kulturellen Argumenten gearbeitet. Kultur ist also beileibe nicht unschuldig, und sie ist nicht immer das Gute.

Viele haben mittlerweile sogar wieder Samuel Huntingtons Wort vom „Kampf der Kulturen“ aus der Asservatenkammer geholt.

Ich bin ja von Haus aus Ethnologin und habe daher große Probleme damit, kulturelle Blöcke voneinander abzugrenzen. Ich weiß einfach, wie heterogen alle Gruppen und wie verschieden kulturelle Erfahrungen und Prägungen sein können. Das gilt übrigens auch bei der Frage, ob jemand aus einer Metropole oder einem eher ländlichen Milieu oder aus einer anderen sozialen Schicht kommt. Überall ist Vielfalt. Im Moment aber haben einige Menschen tatsächlich Interesse daran, an eine klare Grenzziehung zu kommen – vielleicht, weil man selbst orientierungslos geworden ist. Ich betrachte das wirklich mit großer Sorge.

Das Gespräch führte Ralf Hanselle.